

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEERKLÄRUNG

12 Februar 2016

AI Index: AMR 53/3429/2016

Venezuela: Nach zwei Jahren warten die Opfer immer noch auf Gerechtigkeit

Es ist unannehmbar, dass seit zwei Jahren die Familien der 43 Personen (darunter Mitglieder der Sicherheitskräfte), die während der Massendemonstrationen gegen und für die Regierung Venezuelas ihr Leben verloren, sowie Hunderte Opfer, die Verwundungen, Misshandlungen und willkürliche Festnahmen erlitten, immer noch auf Gerechtigkeit, Wahrheit und Entschädigung warten müssen.

Das Fehlen wesentlicher Fortschritte bei der Ermittlung und Verfolgung der für diese Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen ist ein klares Zeichen für den Mangel an politischem Willen, den Schutz und die Förderung der Menschenrechte für alle unterschiedslos zu garantieren.

Es ist bedauerlich, dass zwei Jahre nach der Ermordung von Bassil Alejandro Da Costa, Juan Montoya und Roberto Redman immer noch keiner der mutmaßlichen Verantwortlichen verurteilt wurde.

Während die große Mehrheit derjenigen, die Menschenrechtsverletzungen begangen haben, weiterhin nicht vor Gericht gestellt werden, befinden sich Dutzende von Personen unter Anklage wegen angeblich mit den Protesten zusammenhängenden Straftaten, darunter Personen, die seit zwei Jahren ohne jeglichen Hinweis auf eine Straftat in Haft sind.

Ein Beispiel ist der Fall von Leopoldo López, Führer der Oppositionspartei *Voluntad Popular* (Wille des Volkes) und von Rosmit Mantilla, Mitglied der *Voluntad Popular* und Aktivist der Rechte von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Transgeschlechtlichen und Intersexuellen (LGBTI). Die Inhaftierung beider ist politisch motiviert, ohne glaubhafte Beweise für die vorgebrachten Anschuldigungen und unter klarer Verletzung ihres Rechts auf einen gerechten und fairen Prozess. Beide sind gewaltlose politische Gefangene und müssen sofort und bedingungslos freigelassen werden.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Behörden sofortige Maßnahmen ergreifen, um zu garantieren, dass niemand auf Grund rein politisch motivierter Anschuldigungen vor Gericht gestellt werden kann, die sich nicht auf solide und glaubwürdige Beweise stützen.

Desgleichen müssen sowohl die Regierung als auch die kürzlich neu gewählte Nationalversammlung schnelle und entschiedene Maßnahmen ergreifen, um die andauernde Straflosigkeit zu beenden und zu garantieren, dass sich die bedauernswerten Vorkommnisse der letzten zwei Jahre nicht wiederholen können.

Solange die Behörden den Ordnungskräften nicht klar und eindeutig signalisieren, dass diese gemäß internationalem Recht und den internationalen Standards über die Anwendung von Gewalt handeln müssen, wird es weitere Klagen über unangemessene Gewaltanwendung geben.

Ebenso ist die Stärkung des Rechtssystems als Eckpfeiler jedweden Rechtsstaates, das die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit garantiert, notwendig, um die in Venezuela existierende Straflosigkeit zu beenden.

Die Behörden können nicht weiterhin Wahrheit, Gerechtigkeit und Entschädigung denen verweigern, die ihre Liebsten verloren haben, denen, die weiterhin unrechtmäßig gefangen gehalten werden, sowie denen, die während der sechs Monate andauernden Massenproteste in Venezuela Opfer unangemessener Gewaltanwendung, Folter und anderer Misshandlungen seitens der Ordnungskräfte wurden.

Die Zeit ist gekommen, dass die verschiedenen politischen Kräfte Lösungen suchen, die sich auf Kooperation und Dialog gründen, um konkrete Antworten auf die schwierige Situation des Landes zu finden, wobei die Arbeit der Menschenrechtsverteidiger geschützt und gefördert werden und der Schutz der Rechte aller unterschiedslos Priorität haben muss.